

Der Mythos von der Chancengleichheit

Die Bildungspolitik der DDR zwischen Gegenprivilegierung, Machtsicherung und Reproduktion von Ungleichheit

Ingrid Miethe

Die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen zählte zu den wichtigsten Zielen der KPD/SED-Führung. Dieses war nicht zuletzt deshalb zentral, da sie so ihre eigene Herrschaft in eine Kontinuität mit dem Programm der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stellen konnte, die die Forderung nach gleicher Bildung für alle schon in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik auf ihre politische Agenda gesetzt hatte.¹ Entsprechend wurden in den ersten Jahren der DDR eine Vielzahl bildungspolitischer Weichenstellungen vorgenommen, die der Förderung von Arbeitern und Bauern dienen sollten, wie zum Beispiel eine Veränderung der Zulassungsrichtlinien zur Oberschule und zur Universität, die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die Schaffung einer Einheitsschule bis zur 8. Klasse, die Gründung von Vorstudienabteilungen (VA) bzw. Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) oder auch der Aufbau des Fern- und Abendstudiums für Werktätige.

Bis zum Ende der DDR hielt die SED-Führung in der Öffentlichkeit an der Propagierung der erfolgreichen Umsetzung des Zieles der Chancengleichheit fest. Noch auf dem IX. Pädagogischen Kongreß der DDR im Juni 1989 erklärte die damalige Bildungsministerin Margot Honecker in ihrer Eröffnungsrede: „Erstmalig auf deutschem Boden wurde das große Ideal einer wirklich demokratischen, humanistischen Bildung verwirklicht, wurde eine Schule, ein Bildungswesen geschaffen, das allen Kindern des Volkes das Recht auf eine hohe, wissenschaftlich fundierte Bildung garantiert, jedem jungen Menschen gleiche Bildungschancen sichert.“² Zu dem Zeitpunkt, als Margot Honecker dies postulierte, bewegte sich der Anteil der Arbeiterkinder an allen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen allerdings bereits nur noch – je nachdem wie die Kategorien genau bestimmt werden – irgendwo zwischen sieben³ und vierzehn Prozent⁴. Welche der Zahlen nun eher zutrifft, ist nicht sicher zu klären⁵, in jedem Fall liegen diese weit unter dem Anteil dieser sozialen Gruppen an der Gesamtbevölkerung der DDR und zeigen somit auf, daß es sich bei den zitierten „gleichen Bildungschancen für junge Menschen“ wohl eher um einen Mythos denn um die Realität gehandelt hat. Im Beitrag soll diesem Mythos von den vermeintlich gleichen Bildungschancen

1 Vgl. Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Bonn 2001.

2 Honecker, Margot: Unser sozialistisches Bildungssystem – Wandlungen, Erfolge, neue Horizonte. IX. Pädagogischer Kongreß der DDR, 13. bis 15. Juni 1989. Berlin 1989, S. 7.

3 Angaben nach Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Wiesbaden 2002, S. 352.

4 Angabe nach Bathke, Gustav-Wilhelm/Starke, Kurt: Studentenforschung. Die Anfänge. In: Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999, S. 245.

5 Die Unterschiede zwischen den Zahlen kommen durch jeweils unterschiedliche Definitionen der Kategorie der „Arbeiter“ zustande. Während Geißler mehr oder weniger nur die ungelernten Arbeiter zählt, rechnen Bathke und Starke auch die gelernten Facharbeiter dazu und kommen von daher auf höhere Werte. Geißler hat diesbezüglich keine eigenen Untersuchungen vorgenommen, sondern bezieht sich auf die von Bathke und Starke (vgl. Bathke/Starke: Studentenforschung) im Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig erhobenen Daten.

für alle soziale Gruppen differenziert für die verschiedenen historischen Phasen der DDR nachgegangen werden. Es soll aufgezeigt werden,

1. daß die in der DDR vielzitierten guten Bildungschancen für Arbeiter- und Bauernkinder in erster Linie gute Chancen für Arbeitersöhne beinhalteten, nicht aber für Bauernkinder, und daß diese zunächst auch nicht auf Frauen zutrafen und auch nur auf einen relativ kurzen Zeitraum Anfang der fünfziger Jahre begrenzt blieben,
2. daß die Verschlechterung der Chancenstrukturen für Arbeiter- und Bauernkinder nicht erst, wie von kritischen bildungssoziologischen Studien der DDR nachgezeichnet⁶, eine Entwicklung der siebziger und achtziger Jahre ist, sondern die entsprechenden politischen Weichenstellungen bereits Mitte der fünfziger Jahre einsetzten,
3. daß die zumindest in den fünfziger Jahren stattfindende Gegenprivilegierung von Arbeiter- und Bauernkindern keinesfalls zu einer Benachteiligung von Personen anderer sozialer Herkunft, in der Terminologie der DDR der Personen „sonstiger“⁷ Herkunft, geführt hat, und
4. daß die Reproduktion sozialer Ungleichheiten im Bildungswesen der DDR keineswegs ein unbeabsichtigter „Nebeneffekt“ gewesen ist, sondern – entgegen der offiziellen Propaganda der DDR – in dieser Form auch politisch gewünscht war, da die Kinder „sonstiger“ Herkunft letztlich besser zum Machterhalt der SED-Führung geeignet erschienen als Arbeiter- und Bauernkinder.

Bisherige Untersuchungen zum Bildungswesen der DDR nehmen eher spezifische Aspekte in den Blick und konzentrieren sich auf einzelne Zeiträume. Was bisher fehlt, ist ein Gesamtüberblick über die Entwicklung des Bildungswesens der SBZ/DDR, welcher der Frage nachgeht, inwieweit dieses tatsächlich zu der propagierten proportionalen Chancengleichheit beigetragen hat und welches die Gründe hierfür waren. Dies ist inzwischen auf Basis der zahlreich vorliegenden Sekundärliteratur wie auch auf Grundlage eigener weiterer Recherchen in Archiven möglich.⁸ In einer solchen Gesamtperspektive lassen sich bezüglich der Umsetzung von Chancengleichheit im Bildungswesen vier verschiedene Phasen identifizieren. Diese vier Perioden sind, wie im folgenden noch detaillierter ausgeführt werden soll, durch eine grundlegend unterschiedliche politische Gelegenheitsstruktur hinsichtlich der Chancen für einen Bildungsaufstieg gekennzeichnet.⁹

6 Vgl. die Beiträge in Friedrich u.a. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung.

7 Es wird hier der in den Statistiken der DDR verwendeten Kategorie der „Sonstigen“ gefolgt. Die „Sonstigen“ definierten sich als Kontrastkategorie zu den „Arbeiter- und Bauern“, das heißt, es zählen dazu Personenkreise, die nicht als Arbeiter oder Bauern kategorisiert wurden. In der Regel wurden darunter Angestellte, Selbstständige oder Akademiker zusammengefaßt. Die Gruppe der „Handwerker“ zählte manchmal zu den „Arbeitern“, mitunter aber auch zu den „Sonstigen“.

8 Diese Recherchen wurden im Zusammenhang mit dem DFG-Projekt „Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Greifswald. Eine biografische Institutionenanalyse“ durchgeführt (mehr Information unter: <http://www.ingrid-miethe.de/forschung-abf.html>).

9 Die Möglichkeit und die Vorteile der Übertragung dieses ursprünglich in der Politikwissenschaft, vor allem in der Forschung zu sozialen Bewegungen entwickelten Konzeptes der politischen Gelegenheitsstruktur auf bildungssoziologische Fragestellungen sind ausführlich dargestellt in Miethe, Ingrid: Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik. Opladen/Framington Hills 2007.

I. Periode: Offene Gelegenheitsstrukturen für zivilgesellschaftliche Akteure (1945–48)

Eine erste Periode der Bildungspolitik der SBZ läßt sich als eine der offenen Gelegenheitsstrukturen für zivilgesellschaftliche Akteure bezeichnen.¹⁰ Die Forderung nach Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen stand in der Nachkriegszeit sowohl auf der Agenda der beiden Arbeiterparteien und der Besatzungsmacht als auch auf der Agenda der „bürgerlichen“ Parteien. Für die KPD/SED war die Förderung von Arbeitern und Bauern allerdings von Anfang an mit dem Kalkül verbunden, auf diese Weise die eigene Machtposition stärken zu können. Dieser Anspruch war für die KPD/SED so selbstverständlich, daß er in den meisten schriftlichen Dokumenten gar nicht explizit erwähnt wird, sondern nur implizit enthalten ist. Erst in Situationen – in denen diese Erwartung der SED, Arbeiter und Bauern müssten per definitionem die Politik der SED unterstützen, nicht eintrat – wurde dieser mit einer gewissen Irritation auf Seiten der Verantwortlichen auch expliziert.¹¹ Dieser machtpolitische Anspruch war auf Grund der organisatorischen und personellen Schwäche der KPD/SED sowie auf Grund des Fehlens einer klaren bildungspolitischen Konzeption von Seiten der Besatzungsmacht in dieser ersten Periode noch nicht vollständig umzusetzen, weshalb die neuen Machthaber vor der Notwendigkeit standen, für die Durchsetzung der eigenen Interessen auf Personen, die nicht in allen Punkten die Linie der SED vertraten, zurückgreifen zu müssen bzw. deren Aktivitäten zu tolerieren.

So war die unmittelbare Nachkriegszeit zunächst noch durch eine relativ offene Gelegenheitsstruktur für bildungspolitische Reformen gekennzeichnet, die auch bildungspolitischen Gestaltungsraum für zivilgesellschaftliche Akteure außerhalb von KPD/SED und SMAD eröffnete. Für einen kurzen Zeitraum konnten sowohl Traditionen der sozialdemokratischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbildung als auch reformpädagogische Traditionen wieder aufleben und sich unterschiedlich stark entfalten. Entsprechend vielfältig und auch unabhängig voneinander waren die in diesem Zeitraum entstehenden gegenprivilegierenden Bildungsinstitutionen, wie zum Beispiel die Vorstudienabteilungen (VA), die einerseits an reformpädagogische Traditionen (Jena) und an Traditionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbildung (Sachsen) anschlossen, andererseits aber auch als Ausdruck eines frühen Sowjetisierungsprozesses (Mecklenburg-Vorpommern) verstanden werden können.¹²

Diese aus der eigenen machtpolitischen Schwäche der SED resultierende Offenheit und deren Nutzung durch zivilgesellschaftliche Akteure führten dazu, daß die Frage der Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums zunächst auf einen relativ breiten gesellschaftlichen Konsens zurückgreifen konnte, der auch vom „bürgerlichen“ Lager mitgetragen wurde.¹³ Dieser gesellschaftliche Konsens wurde dadurch unterstützt, daß

10 Wenn hier der Begriff der zivilgesellschaftlichen Akteure gebraucht wird, soll damit nicht die These aufgestellt werden, in der SBZ hätten zivilgesellschaftliche Strukturen entstehen können. Der Begriff wird vielmehr benutzt, um Akteure zu bezeichnen, die relativ unabhängig von der SED an Bildungstraditionen demokratischer Parteien bzw. alter sozialer Bewegungen (Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung) anzuknüpfen versuchten. Die Fortsetzung dieser Tradition hätte möglicherweise – wie in der alten Bundesrepublik – zur Herausbildung einer Zivilgesellschaft führen können, was in der DDR aber bekanntlich nicht der Fall war.

11 Vgl. ausführlich Miethe: *Bildung und soziale Ungleichheit*.

12 Vgl. Miethe, Ingrid/Schiebel, Martina: *Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Greifswald. Eine biografische Institutionenanalyse*. 2007 (i.E.); Miethe: *Bildung und soziale Ungleichheit*.

13 Nikitin, Pjotr Ivanovic: *Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“*. Erinnerungen des Sektorleiters Hochschulen und Wissenschaft der sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Berlin 1997, S. 75; Stall-

die Förderung von Arbeitern und Bauern sowie die Gründung gegenprivilegierender Institutionen in diesem Zeitraum noch nicht notwendigerweise auch die Benachteiligung von Kindern „sonstiger“ Herkunft beinhaltete. So wurden beispielsweise die speziell für die Förderung von Arbeitern und Bauern geschaffenen VA keinesfalls nur von diesem Personenkreis genutzt, sondern dienten zunächst eher dem Ausgleich kriegsbedingter Bildungsverzögerungen und wurden durchaus auch von Kindern aus bildungsnahen Elternhäusern besucht.¹⁴

Nach der organisatorischen Konsolidierung der SED im Laufe des Jahres 1948 wurde diese Vielfalt zunehmend zurückgedrängt.¹⁵ In diesem Jahr erfolgten wesentliche bildungspolitische Richtungsentscheidungen, zum Beispiel Vereinheitlichung und Ausbau der VA-Ausbildung, Zentralisierung und beginnende Abwendung von der Reformpädagogik. Gleichzeitig nahm der Einfluß der Sowjetpädagogik zu, deren vollständige Umsetzung sich allerdings teilweise noch bis ins Jahr 1951 verzögerte. Diese bildungspolitischen Richtungsentscheidungen waren nicht zuletzt deshalb möglich geworden, weil sich innerhalb der SED die Kommunisten sowjetischer Prägung durchzusetzen vermochten (Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“) und somit auch ihre in politischen Interessen begründeten bildungspolitischen Veränderungen zunehmend implementiert wurden. Für die Zeit nach 1948 kann davon ausgegangen werden, daß die bildungspolitischen Vorstellungen zivilgesellschaftlicher Akteure außerhalb der SED kaum noch Berücksichtigung fanden. Ein Großteil der bildungsreformerischen Kräfte war durch die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD an die SED gebunden worden und konnte innerhalb dieser verstärkt diszipliniert und einge-

mann, Herbert: Hochschulzugang in der SBZ/DDR 1945–1959, Duisburger Studien, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Bd. 1. St. Augustin 1980, S. 110; Kleßmann, Christoph: Arbeiter im „Arbeiterstaat“. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50, 2000, S. 23.

14 Vgl. zum Beispiel Schneider, Michael C.: Chancengleichheit oder Kaderauslese? Zu Intentionen, Traditionen und Wandel der Vorstudienanstalten und Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1952. In: Zeitschrift für Pädagogik, 41(6) 1995, S. 959-983; ders.: Grenzen des Elitenaustausches. Zur Organisation und Sozialgeschichte der Vorstudienanstalten und frühen Arbeiter- und Bauernfakultäten in der SBZ/DDR. In: Bruch, Rüdiger von (Hrsg.): Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Stuttgart 1998, S. 134–176; Hoyer, Siegfried: „Arbeiter an die Universität“. Die Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium in Sachsen 1946–1949. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte. Neustadt a.d. Aisch 2001, S. 239–261; Miethe, Ingrid: „Die Universität dem Volke!“ Der Beitrag der Vorstudienhochschule Greifswald zur sozialen Umschichtung an der Universität (1946–1949). In: Deutschland Archiv 38(6) 2005, S. 1050–1056.

15 Eine Zäsur im Jahr 1948 entspricht auch der von Stallmann im Hinblick auf den Hochschulzugang bzw. der von Geißler für den Bereich der Schulen vorgeschlagenen Periodisierung. Vgl. Stallmann, Hochschulzugang in der SBZ/DDR, S. 18; Geißler, Gert: Perioden einer Bildungsgeschichte der SBZ und DDR. In: Geißler, Gert/Wiegmann, Ulrich (Hrsg.): Schule und Erziehung in der DDR. Studien und Dokumente. Neuwied u.a. 1995, S. 1-24. (Der Beitrag von Geißler enthält einzelne Biographien und Angaben zur Parteiangehörigkeit von Schulräten). Jürgen Kocka sieht eine derartige Zäsur eher kritisch und faßt für eine sozialgeschichtliche Periodisierung der DDR den Zeitraum von 1945 bis 1961 zusammen, da die zentralen Weichenstellungen – dazu zählt er die Bodenreform, die administrativ erzwungene Verschmelzung von KPD und SPD und die Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ und das Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 – bereits sehr früh erfolgten. Vgl. Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40, 1994, S. 34–45. Allerdings nimmt Kocka nicht speziell das Bildungswesen in den Blick, für das auf Grund der personellen Begrenzungen und damit der Notwendigkeit des Rückgriffes auf sozialdemokratische Schulreformer(innen) die Intentionen der KPD/SED weit schwieriger umgesetzt werden konnten (vgl. Geißler: Perioden einer Bildungsgeschichte).

paßt oder aber ausgestoßen und damit politisch ausgeschaltet werden.¹⁶ Die in diesem Zeitraum durch die verschiedenen bildungspolitischen Akteure geschaffenen günstigen Gelegenheitsstrukturen für einen Bildungsaufstieg von Arbeitern und Bauern führten allerdings nur zu einer geringfügigen Erhöhung des Anteils von Arbeiter- und Bauernkindern an den Oberschulen und Universitäten Studierenden¹⁷, weshalb die SED nach 1948 zu einer aktiveren gegenprivilegierenden Bildungspolitik überging und inzwischen auf Grund der eigenen machtpolitischen Konsolidierung auch übergehen konnte. Die zunehmende Möglichkeit der Umsetzung aktiver gegenprivilegierenden Maßnahmen markiert von daher den Beginn einer zweiten Periode der Hochschulpolitik.

II. Periode: Aktive gegenprivilegierende Bildungspolitik (1948–1962/63)

Hauptinstrumente zur sozialen Umschichtung an den Universitäten waren sowohl veränderte Zulassungsrichtlinien zur Oberschule und zum Studium als auch die Anfang 1949 beschlossene Umwandlung der Vorstudienabteilungen zu Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF).¹⁸ Über die ABF sollten nunmehr eine sehr viel größere Zahl an Arbeiter- und Bauernkindern an die Universitäten geführt werden. Um dies zu erreichen, kam es infolge der Beschlüsse des III. Parteitags der SED (Juli 1950) und der 4. Tagung des ZK der SED (Januar 1951) ab 1951 zu einer massiven quantitativen Expansion dieser Einrichtungen. Die ursprünglich im Volkswirtschaftsplan 1950 vorgesehene Zahl von 1 650 Neuzulassungen zur ABF wurde auf 4 000 erhöht.¹⁹ Für die Jahre 1951 bis 1955 war eine weitere Erhöhung der Zulassungskontingente von 6 693 (1950) auf 12 000 (1955) vorgesehen. Nur ein Jahr später (1953) wurde diese Zahl auf 14 600 Studierende erhöht.²⁰ Auch wenn diese Kapazitäten nie erreicht wurden, führten die Beschlüsse doch im Zeitraum von 1949 bis 1953 fast zu einer Verdreifachung der Studierendenzahlen an der ABF.²¹ Auch die Zulassungen zur Oberschule wurden 1951 deutlich verschärft.²² War in den Zulassungsbestimmungen im Jahre 1950 noch

16 Vgl. zum Beispiel Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962. Frankfurt u.a. 2000; Mietzner, Ulrike: Enteignung der Subjekte – Lehrer und Schule in der DDR. Eine Schule in Mecklenburg von 1945 bis zum Mauerbau, Reihe Biographie und Gesellschaft, Bd. 23. Opladen 1998.

17 Geißler: Geschichte des Schulwesens; Schneider: Elitenaustausch; Cloer, Ernst: Bildungspolitik und Bildungssystem in der SBZ und DDR. Ausgewählte Aspekte der Entwicklung 1945–1989. In: Herrlitz, Hans-Georg/Hopf, Wulf/Titze, Hartmut (Hrsg.): Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart. Eine Einführung. Weinheim/München 1993, S. 181.

18 Verordnung über die Erhaltung und die Entwicklung der deutschen Wissenschaft und Kultur, die weitere Verbesserung der Lage der Intelligenz und die Steigerung ihrer Rolle in der Produktion und im öffentlichen Leben. Dokument in Baske, Siegfried/Engelbert, Martha: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. Erster Teil 1945–1958. Berlin/Heidelberg 1966, S. 105–112.

19 Anweisung Nr. 54 des Ministeriums für Volksbildung vom 29.7.1950 zum Beschluß der Regierung über das Arbeiter- und Bauernstudium vom 13.7.1950. Dokument in Lammel, Hans-Joachim: Dokumente zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR, Teil 2, Studien zur Hochschulentwicklung. Zentralinstitut für Hochschulbildung. Berlin 1988, S. 75.

20 Gesetz über den Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1951 bis 1955 sowie Fußnote zum Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1953, 17.12.1952. Vgl. Lammel: Teil 2, S. 94.

21 Vgl. Statistische Jahrbücher der DDR.

22 Vgl. die neuen Bestimmungen zur Zulassung zur Oberschule vom 15.1.1951. Dokument in: Die neue Schule 1951, S. 165.

sehr allgemein die Erhöhung des Anteils der Arbeiter- und Bauernkinder gefordert worden, so wurde nun eine klare Quotierung eingeführt, nach der der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an der Oberschule mindestens 60 Prozent und der an der 10-Klassen-Schule mindestens 80 Prozent betragen sollte. Außerdem wurde die bis dahin noch bestehende Regelung aufgehoben, nach der Kinder, die die Schule mit „ausgezeichnet“ abgeschlossen hatten – unabhängig von der sozialen Herkunft –, automatisch zur Oberschule zugelassen wurden. Diese neuen Regelungen, die nunmehr auch bewußt Verstöße gegen das Begabungsprinzip in Kauf nahmen, waren formal bis Ende 1955 in Kraft, konnten allerdings aufgrund des Protestes der Eltern „sonstiger“ Herkunft nicht immer umgesetzt werden.²³

Jahre	1949/	1952	1953	1954	1955	1956	1957
ABF ²⁴	6,9%	13,6%	13,3%	14,1%	11,3%	10,2%	11,1%
Universität ²⁵	k.A.	k.A.	k.A.	5,4%	5,6%	5,6%	5,7%

Tabelle 1: *Prozentualer Bauernanteil an allen Studierenden an ABF und Universitäten der DDR*

Der Anfang der fünfziger Jahre ist somit durch ein Höchstmaß an Durchlässigkeit des weiterführenden Bildungssystems und des erleichterten Zugangs für Arbeiter- und Bauernkinder gekennzeichnet, deren Anteil an den Studierenden an den Universitäten der DDR folglich bis Ende 1958 auf einen später nicht wieder erreichten Wert von 58 Prozent stieg. Allerdings ist es im Hinblick auf die Frage, inwieweit die Bildungspolitik der DDR allen bisher benachteiligten sozialen Gruppen einen Zugang zu Bildung ermöglichte, nötig, die Gruppe der „Arbeiter und Bauern“ in sich zu differenzieren. Denn diese Bildungschancen wurden in erster Linie von Arbeiter(kinder)n und nur relativ selten von Bauern(kindern) ergriffen. Auch die ABF wurden, anders als der Name vermuten läßt, in erster Linie von Arbeiterkindern genutzt. Der Bauernanteil an den ABF-Studenten bewegte sich – mit Ausnahme des agrarisch geprägten Landes Mecklenburg – ausschließlich im einstelligen Prozentbereich. Selbst in Mecklenburg lag der Bauernanteil mit durchschnittlich siebzehn Prozent noch unter dem der Studierenden „sonstiger“ Herkunft (circa 25 Prozent) und auch unter dem Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung dieses Landes.²⁶ Auch im Zuge der ab 1950 einset-

23 Vgl. Geißler: Geschichte des Schulwesens.

24 Quelle: WS 1949/50 in SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 9.04/ 464, Bl. 72. 1952 bis 1956 vgl. Anlage 5, Entwicklung und Aufgaben der ABF im 2. Fünfjahrplan, 5.11.1956 in BArch, DR 3/ I. Schicht/ 489. 1957: Angaben in „Bericht über die Zulassung zum Studium an den ABF im Jahre 1957“, 8.10.1957 in SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/ 9.04/ 466, Bl. 42–49, hier Bl. 48. In diesem Bericht wird zusätzlich noch die soziale Stellung (vor Beginn des ABF-Studiums) angegeben. Dabei lag der Anteil der Bauern 1956 mit 7,7 Prozent und 1957 mit 10,1 Prozent noch niedriger.

25 Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, S. 129. Eigene Berechnungen auf Grundlage der Zahlenangaben in der nur für den internen Dienstgebrauch zugelassenen Jahreshauptstatistik ergaben für 1962 einen Bauernanteil von nur einem Prozent aller Studierenden an den Universitäten. Ergebnisse der Jahreshauptstatistik 1963, S. 82. Mangels Vergleichszahlen muß hier offenbleiben, ob der Bauernanteil bis 1962 so stark gesunken ist oder ob es sich bei den Angaben in den Statistischen Jahrbüchern um „nach oben geschönte“ Zahlen handelt. Da in den Statistiken der DDR oft auch die ABF zusammen mit der Universität gezählt werden, ist auch nicht auszuschließen, daß die in den Statistischen Jahrbüchern angegebenen Zahlen sich auf die Summe von Universität und ABF beziehen, das heißt an den Universitäten eigentlich noch niedriger liegen.

26 1946 wurden im Land 73 3651 Personen gezählt, die in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 34,8 Prozent. Der Durchschnitt in der SBZ betrug 20,3 Prozent. Zahlen nach Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche

zenden gezielten Anwerbung von Bauern²⁷ erhöhte sich deren Anteil nur geringfügig von 6,9 Prozent im Jahr 1949 auf einen Höchststand von 14,1 Prozent im Jahr 1954, um danach wieder langsam zu sinken. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird, lag der Bauernanteil an den ABF-Studenten allerdings immer noch über dem an den Universitäten der DDR. Dieser ausgesprochen niedrige Anteil von Studierenden bäuerlicher Herkunft an den Universitäten in der DDR hängt nicht zuletzt auch mit dem Wegfall der ländlichen Besitzelite als Rekrutierungsreservoir zusammen, so daß, wie Jessen feststellt, die „Verbindung zwischen dem Land und der Universität dünner als jemals zuvor“²⁸ war. Die VA/ABF haben zwar dazu beigetragen, wieder mehr Bauernkinder an die Universitäten zu bringen, allerdings sind hier die absoluten Zahlen so gering, daß dies kaum einen nennenswerten Einfluß auf die soziale Zusammensetzung der Universitätsstudierenden insgesamt hatte.

Ähnlich verhielt sich dies mit dem Frauenanteil. Die Förderung von Frauen stand zwar ebenfalls von Anfang an auf der Agenda der SED, wurde aber in diesem Zeitraum nur vereinzelt durch aktive gegenprivilegierende Maßnahmen unterstützt, so daß die praktizierte Hierarchisierung der Gegenprivilegierung (soziale Schicht vor Geschlecht) letztlich zu einer Reduzierung des ohnehin niedrigen Frauenanteils an den Universitäten führte. An den ABF lag dieser Anteil, abgesehen von einer kurzen Phase der gezielten Anwerbung von Frauen in den Jahren 1952/53, sogar noch unter dem der Universitäten, so daß diese Institutionen dazu beitrugen, den ohnehin niedrigen Frauenanteil an den Studierenden weiter zu reduzieren (vgl. Abbildung 1).

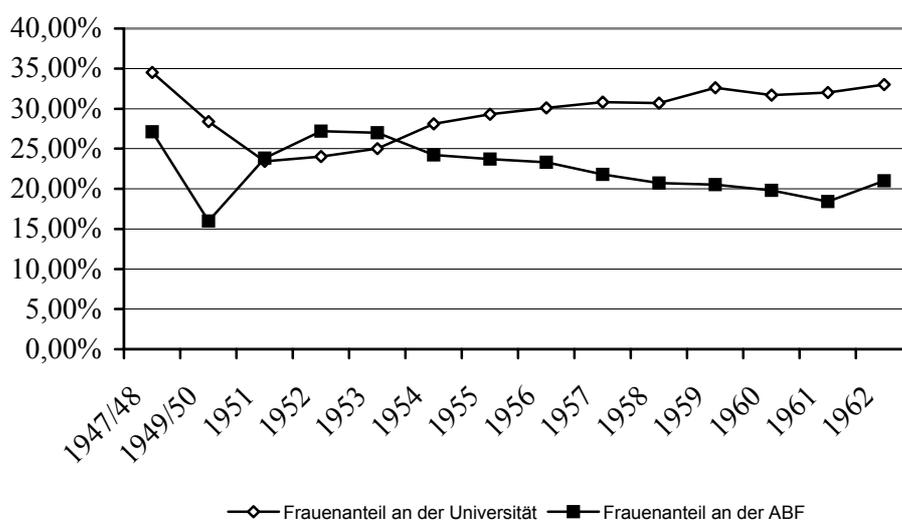


Abbildung 1: Prozentualer Frauenanteil der Studierenden an den Universitäten und den VA/ABF der DDR²⁹

Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München 1993, S. 1073.

²⁷ Diese verstärkte Anwerbung geht auf die 1. Parteikonferenz der SED zurück, auf der Walter Ulbricht mehr „Töchter und Söhne der Landarbeiter, der Neubauern und Kleinbauern“ an den Hoch- und Fachschulen forderte. Vgl. Lammel, Hans-Joachim: Dokumente zur Geschichte der Arbeiter- und Bauer-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR, Teil 1, Studien zur Hochschulentwicklung. Zentralinstitut für Hochschulbildung. Berlin 1987, S. 56.

²⁸ Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur: Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 135. Göttingen 1999, S. 375.

²⁹ Quelle: VA/ABF 1947–1951; Schneider: Elitenaustausch, S. 49; Poeggel, Christel: Die Rolle der Vorstudienanstalten und der Sozialen Studienhilfe im Kampf um die Durchsetzung und Entwick-

Die Herstellung schichtspezifischer Chancengleichheit wirkte sich somit negativ auf das Ziel des Abbaus geschlechtsspezifischer Ungleichheiten aus.³⁰ Nutznießer der gegenprivilegierenden Bildungspolitik der SED der fünfziger Jahre waren von daher in erster Linie Arbeitersöhne, für die sich allerdings in der Tat ungeahnte Aufstiegschancen eröffneten. Dies nicht zuletzt auch deshalb, da durch den aus politischen Gründen angestrebten Elitenwechsel wie auch auf Grund der anhaltenden Flucht hochqualifizierter Arbeitskräfte nach Westdeutschland eine Vielzahl an Leitungspositionen neu zu besetzen war. Allerdings führten die verbesserten Chancen für Arbeiter- und Bauernkinder keinesfalls zu einer (dauerhaften) Benachteiligung von Kindern der „alten“ Intelligenz. Dies belegt ein Blick auf die Zahlen. Wie oben dargestellt, ist es zwar zutreffend, daß der *prozentuale* Anteil der Arbeiter- und Bauernstudenten im Verlaufe der fünfziger Jahre zunahm. Ein Blick auf die *absoluten* Zahlen zeigt jedoch auch, daß die Anzahl der Kinder „sonstiger“ Herkunft keinesfalls rückläufig war, sondern im Gegenteil sogar anstieg.³¹ Hintergrund dieser Entwicklung ist die Anfang der fünfziger Jahre in der DDR einsetzende massive Bildungsexpansion, die etwa zu einer Verdreifachung der Studierendenzahlen führte. Die Chancen der Personen „sonstiger“ Herkunft auf den Zugang zu weiterführender Bildung waren von daher in diesem Zeitraum, trotz der gezielten Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern, keineswegs schlechter als zuvor.

Der Zugang zu weiterführender Bildung war für Kinder bildungsnaher Elternhäuser vor allem auf zwei Wegen möglich. Ein Weg verlief über die mit den sogenannten Einzelverträgen verbundenen Regelungen: Vor allem aufgrund der anhaltenden Migration hochqualifizierter Arbeitskräfte nach Westdeutschland und Westberlin war die SED zunehmend zu Kompromissen gegenüber diesem Personenkreis genötigt, um sie zu einem Verbleib in der DDR zu bewegen. Dies erfolgte vor allem durch das ab 1951 mögliche Zugeständnis sogenannter „Einzelverträge“, in denen eine Vielzahl an Privilegien festgeschrieben wurde – unter anderem der unbeschränkte Zugang der Kinder der Einzelvertragsinhaber zu weiterführender Bildung.³² Über diesen Weg gelangte ein durchaus beachtenswerter Anteil von Kindern der „alten“ Intelligenz an die Oberschulen und Universitäten. Im Jahre 1962 waren 3,7 Prozent (2 357 Personen) aller Studierenden der DDR Kinder von Einzelvertragsinhabern. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich wird, strömten die Kinder der Einzelvertragsinhaber nicht in alle Studienrichtungen

lung des Arbeiterstudiums in Sachsen 1945–1949, Inauguraldissertation, Philosophische Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig, Leipzig 1965; S. 243; Lammel: Dokumente, Teil 1, S. 156; Berichte der Landesregierungen auf der Konferenz der Leiter der VA am 28. und 29. Mai 1947 in LHAS, 6.11-21/2614, Bl. 128; Kulturplan, ABF: Zahlen des Studentenreferates in BArch, DR 3/I. Schicht/486, Universität: 1947–1951; Budde, Gunilla-Friederike: Frauen der Intelligenz – Akademikerinnen in der DDR 1945–1975, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 162. Göttingen 2003. Ab 1952: Statistische Jahrbücher der DDR.

30 Vgl. auch Geißler: Sozialstruktur, S. 353.

31 So studierten im Jahr 1951 an den Universitäten der DDR 27 822 Personen „sonstiger“ Herkunft, im Jahr 1958 sind diesem Personenkreis allerdings sogar 64 106 Personen zuzurechnen. Vgl. Statistische Jahrbücher der DDR.

32 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Das bewegte Jahrzehnt. Geschichte der DDR von 1949 bis 1961. Bonn 2003, S. 361; Schulz, Dieter: Zur sozialen und politischen Entwicklung der Intelligenz der DDR von 1949 bis 1955. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Reihe Gesellschaftswissenschaften. Die soziale Entwicklung der Intelligenz der DDR in vergleichender Sicht (1945–1961), Heft 6, 1990, S. 550.

gleichermaßen, sondern vor allem in diejenigen, die auch in der DDR durch ein hohes Sozialprestige und einen hohen Grad an familiärer Tradierung gekennzeichnet waren, wie vor allem Medizin, aber auch die mathematisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge.

soziale Herkunft	Fachrichtung								Durchschnitt
	Mathematik/ Naturwissen- schaften	Technik	Land- u. Forstwirtschaft	Medizin	Wirt- schaft/Recht	Philoso- phie/Sprachen/ Geschichte	Theologie	Pädagogik ³³	
Arbeiter	42,4	49,8	40,0	36,7	58,2	50,1	17,5	44,8	45,0
Bauern³⁴	4,4	5,2	20,0	3,6	5,0	3,8	4,0	5,7	5,9
Angestellte³⁵	22,4	20,0	17,0	21,2	19,5	19,8	22,6	24,2	20,9
Handwerker³⁶	3,7	4,9	3,0	3,4	3,7	2,4	5,1	3,8	4,0
Intelligenz³⁷	20,2	14,3	14,0	27,1	7,8	17,9	16,4	15,1	17,4
Sonstige³⁸	6,9	5,8	6,0	8,0	5,8	6,0	34,4 ³⁹	6,4	6,8
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter ABF- Absolventen	11,3	12,2	14,4	8,2	12,5	14,5	0,4	8,4	10,3
darunter Kinder von Einzelvertragsinhabern	5,4	3,9	2,9	5,4	1,5	2,9	0,9	1,3	3,7

Tabelle 2: Soziale Zusammensetzung der Studierenden im Direktstudium nach Fachrichtung, einschließlich des Anteils an ABF-Absolvent(inn)en und Kindern von Einzelvertragsinhabern (in Prozent, DDR gesamt)⁴⁰

Wie aus Tabelle 2 ebenfalls ersichtlich wird, lagen gerade in diesen Fachrichtungen (Medizin und Naturwissenschaften) der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder wie

33 Hier wurden wahrscheinlich nur die Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen gezählt, während die Lehramtsstudierenden an den Universitäten bei den dortigen Fachfakultäten mitgezählt wurden.

34 Unter der Kategorie Bauern wurden die Landarbeiter und Mitglieder einer LPG zusammengefaßt.

35 Unter Angestellte wurden Angestellte in der sozialistischen und in der privaten Wirtschaft zusammengefaßt.

36 Unter Handwerkern wurden die Mitglieder einer PGH und private Handwerker zusammengefaßt.

37 Unter Intelligenz wurde sowohl die freischaffende Intelligenz als auch die im Arbeitsverhältnis zusammengefaßt. Die Einzelvertragsinhaber wurden als Teil der Intelligenz im Arbeitsverhältnis zusammengefaßt.

38 Unter Sonstige wurden Unternehmer, übrige selbstständige Erwerbstätige und Sonstige zusammengefaßt.

39 Hinter dieser hohen Zahl der „Sonstigen“ dürfte sich der Pfarrberuf verbergen, womit hier auch die hohe Selbstreproduktion dieses Berufes deutlich wird.

40 Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Angaben in Jahreshauptstatistik 1962, S. 82.

auch der der ABF-Absolventen insgesamt ohnehin niedriger. Obwohl an den ABF sogar spezifische Zweige eingerichtet worden waren⁴¹, die auf ein Studium in diesen Fachrichtungen vorbereiteten, gelang es offensichtlich nur begrenzt, die Sozialstruktur der Studierenden von traditionell „bürgerlichen“ Fächer zu verändern.

Das Dilemma der SED, ihren politischen Anspruch nicht umsetzen zu können, illustriert folgendes Beispiel: Im Studienjahr 1952/53 betrug das Kontingent für die Studienrichtung Chemie an der Universität Leipzig 35 Plätze. Auf diese Studienplätze bewarben sich rund 300 Bewerber, worunter sich 90 Arbeiter- und Bauernkinder befanden. Da unter den Bewerbern aber auch 24 Kinder waren, „die aufgrund der Einzelverträge ihrer Eltern zugelassen werden mußten“, verblieben letztlich nur elf Studienplätze, die überhaupt an Arbeiter- und Bauernkinder vergeben werden konnten. Darüber, ob diese dann tatsächlich ausschließlich an diese Personengruppe gingen, gibt das Dokument keinen eindeutigen Aufschluß. Ähnlich stellte sich zu diesem Zeitpunkt die Situation an der Universität Leipzig in den Studiengängen Pharmazie und Veterinärmedizin dar.⁴²

Das Paradox dieser Einzelvertragsregelungen war, daß dadurch gerade die Teile der Intelligenz (sowie deren Kinder), „die dem SED-Regime nach Herkunft, Einstellung und Habitus am fernsten standen, nämlich die Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner [...] in den Genuß der höchsten Einkommen und Privilegien“⁴³ kamen.⁴⁴ Anders formuliert: Die oberen Ränge der alten Eliten, die über ein hohes, für die DDR nützlich-kulturelles Kapital im Sinne Bourdieus⁴⁵ verfügten, vermochten relativ schnell, unter für sie ungünstigen politischen Strukturen nicht nur die eigenen Privilegien zu erhalten, sondern diese sogar ihrem Nachwuchs zu vererben und somit den Stuserhalt zu sichern.

Da das Privileg der Einzelverträge nur auf einen Teil der „alten“ Intelligenz Anwendung fand, mußte der andere Teil der Kinder „sonstiger“ Herkunft zum Stuserhalt durch Bildung auf einen zweiten Weg zurückgreifen. So zeigten die Kinder bildungsnaher Elternhäuser eine ausgesprochene Fähigkeit und Bereitschaft, den mitunter auf Grund der sozialen Herkunft versperrten direkten Weg zur Oberschule oder zur Universität über entsprechende „Umwege“ zu kompensieren. Diese „Umwege“ lassen sich bereits hinsichtlich des Erwerbes der Hochschulreife finden. So wurden in diesem Zeitraum an den Volkshochschulen, die ebenfalls Kurse zum Erwerb des Abiturs anboten und nicht nach sozialen Kriterien selektierten, häufig von Personen „sonstiger“ Herkunft genutzt. Genauso kam diesem Personenkreis die in diesem Zeitraum zunehmende Aufweichung der Kategorie der „Arbeiter“ zugute, die es beispielsweise ermöglichte, über eine eigene Berufstätigkeit zum „Arbeiter“ (soziale Stellung) zu wer-

41 An den ABF gab es gesellschaftswissenschaftliche, mathematisch-naturwissenschaftliche und medizinisch-biologische Zweige.

42 Abschrift. Kurze Zusammenfassung über den Ablauf der Zulassungen zum Studienjahr 1952/53, 30.12.1952, BArch, DR 3, 4421, n.p.

43 Jessen: Akademische Elite, S. 216.

44 1960 hatten beispielsweise 86,5 Prozent aller Medizinprofessoren und 64,2 Prozent der Vertreter der technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen, aber nur 22,2 Prozent der Vertreter der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften einen Einzelvertrag. Vgl. ebd., S. 216.

45 Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt Sonderband 2. Göttingen 1983, S. 183–198.

den und auf diese Weise sogar den Zugang zur ABF zu erhalten. Auch das 1950 eingeführte und ab 1953 verstärkt ausgebaut⁴⁶ Fernstudium diente keineswegs, wie dies die gängige DDR-Rezeption unterstellt,⁴⁷ der Erhöhung des Anteils der Arbeiter- und Bauernstudierenden an den Universitäten, sondern wurde deutlich häufiger von Personen „sonstiger“ Herkunft gewählt.⁴⁸ Das heißt, Personen aus bildungsnahen Elternhäusern fanden auch unter erschwerten Bedingungen einen Weg, den familiär tradierten Bildungsweg einzuschlagen.⁴⁹ Für derartige „Umwege“ war der Zugang zu höherer Bildung oft auch an den Erwerb politischen Kapitals, zum Beispiel durch eine SED-Mitgliedschaft und politische Aktivität im Sinne der SED, gebunden, um auf diese Weise die „falsche“ soziale Herkunft auszugleichen.⁵⁰ Gerade diese Kriterien erlangten in der weiteren Entwicklung der Zulassungsrichtlinien zu den Oberschulen und Universitäten eine zunehmende Bedeutung. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen, daß die Vertreter der „alten“ Intelligenz auf Grund ihres hohen kulturellen und sozialen Kapitals – teilweise auch über den bewußten Erwerb zusätzlichen politischen Kapitals – durchaus in der Lage waren, der gegenprivilegierenden Bildungspolitik der SED so weit entgegenzuwirken, daß der Zugang der eigenen Kinder zu weiterführender Bildung weiterhin möglich blieb.

Dieses Bestreben der Kinder der „alten“ Intelligenz traf sich mit unerwarteten Erfahrungen, die die SED mit der Förderung von Arbeiter- und Bauernkinder machte. So zeigte sich in den fünfziger Jahren zweierlei: Entgegen den ideologischen Erwartungen der SED, nach denen Arbeiter- und Bauernkinder mehr oder weniger automatisch auch die politische Linie der SED (als selbsternannte Interessenvertreterin der Arbeiterklasse) vertreten müßten, zeigten die realen Erfahrungen, daß dem keineswegs so war. Ab Mitte der fünfziger Jahre wurde für die bildungspolitisch Verantwortlichen unübersehbar, daß gerade Arbeiter- und Bauernkinder nicht unbedingt stärker als „sonstige“ Studierende die politischen Erwartungen der SED erfüllten. Die Bildung dieses Personenkreises führte nicht unbedingt zur gewünschten politischen Konformität, sondern vor allem innerhalb der traditionell „bürgerlichen“ Fachrichtung Medizin oder im mathematisch-naturwissenschaftlichem Bereich eher zu einer Emanzipation von den politischen Erwartungen der SED.⁵¹ Nicht zuletzt die Erfahrung des Arbeiter-

46 Lag der Anteil der Fernstudierenden (im Vergleich zu den Direktstudierenden) im Jahre 1951 noch bei 13,2 Prozent, stieg dieser Anteil bis zum Jahre 1960 auf 33,3 Prozent. Vgl. Dietze, Gerhard: Hochschulfernstudium in den 50er Jahren. Über Grundlagen, Aufbau und Probleme. Berlin 1989, S. 65.

47 Vgl. ebd., S. 17.

48 Vgl. Angaben in Statistischen Jahrbüchern bzw. Ergebnisse der Jahreshauptstatistik des Hochschulwesens.

49 Für die Darstellung der damit verbunden biographischen Strategien vgl. den Typus der „(klein)bürgerlichen Karrierestrategen“ in Miethe: Habilitationsschrift, S. 267.

50 Zum Begriff des politischen Kapitals vgl. Bourdieu, Pierre: Politisches Kapital als Differenzierungsprinzip im Staatssozialismus. In: ders.: Die Intellektuellen und die Macht, hrsg. von Dölling, Irene. Hamburg 1991, S. 33-39; zur Unterscheidung zwischen ererbtes und erworbenes politisches Kapital vgl. Miethe, Ingrid: „Keine herrschende Klasse ist je ohne ihre eigene Intelligenz angekommen“. Der Beitrag der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) zum Elitenwechsel in der DDR. In: Ecarius, Jutta/Wigger, Lothar (Hrsg.): Elitenbildung – Bildungselite. Erziehungswissenschaftliche Diskussionen und Befunde über Bildung und soziale Ungleichheit. Wiesbaden 2006, S. 67–93.

51 In eine ähnliche Richtung argumentieren Köhler und Stock in Köhler, Helmut/Stock, Manfred: Bildung nach Plan? Bildungs- und Beschäftigungssystem in der DDR 1949 bis 1989. Opladen 2004,

aufstands vom 17. Juni 1953 kann hinsichtlich der Bewertung der „Arbeiterklasse“ durch die SED als symbolischer Wendepunkt betrachtet werden. Zeigte sich doch hier, daß Arbeiter keinesfalls immer die Politik der SED vertreten bzw. daß dieser Personenkreis auf Grund der Möglichkeit, auf dasselbe ererbte politische Kapital (soziale Herkunft) wie die SED-Führung zurückgreifen zu können, eine potentielle Bedrohung der Macht und Legitimität der Parteielite darstellte.⁵²

Auch hinsichtlich der fachlichen Leistungen blieben die Arbeiter- und Bauernkinder hinter denen der Kinder „sonstiger“ Herkunft zurück.⁵³ Der pädagogische Optimismus der SED, demzufolge jede Person bei gleicher Förderung auch zu denselben Leistungen fähig sein müßte, kam zunehmend an seine Grenzen, indem deutlich wurde, daß auch in der DDR die Bedeutung des in der Familie tradierten kulturellen Kapitals wichtig für den späteren Bildungserfolg in der Schule ist, und gegenprivilegierende Maßnahmen diese Nachteile nicht immer vollständig kompensieren können. Diese Entwicklung zeigte sich nicht nur an den Oberschulen und Universitäten, sondern auch an den eigens für die Förderung von Arbeitern und Bauern eingerichteten ABF. So wurde dort relativ früh deutlich, daß die eher positiven Erfahrungen aus der Zeit der Vorstudienanstalten nicht unbegrenzt auf einen großen Personenkreis auszuweiten waren. Schon in der Anwerbung gelang es nicht, eine ausreichende Anzahl an geeigneten Bewerbern für ein Studium zu gewinnen, so daß immer wieder auch Personen zur ABF zugelassen werden mußten, die „nur sehr bedingt oder nicht mehr zum Studium geeignet sind“ und deren „Leistungswillen“ auf Grund fehlender Motivation „versagte“.⁵⁴ Dieser Zustand führte beispielsweise dazu, daß im Jahre 1955 39,6 Prozent der zum ABF-Studium Zugelassenen im Verlaufe der dreijährigen Studienzeit aus fachlichen und gesundheitlichen⁵⁵ Gründen wieder exmatrikuliert wurden. Von denen, die

S. 63. Diese sehen die Ursachen für die bildungspolitische Wende von 1971 vor allem auch in machtpolitischen Gründen, da sich Teile der SED durch die zunehmende Autonomie und Stärke der technischen Intelligenz bedroht fühlten und diese somit einzuschränken versuchten.

52 Auf Grund der Bedeutung der Arbeiterschaft für die SED wurde auch der Arbeitersaufstand des 17. Juni 1953 für die SED zum „politischen Menetekel“. Vgl. Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“, S. 21.

53 Vgl. Pippig, Günter: Über die besondere Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder. Gedanken und Erfahrungen. In: Pädagogik, Heft 12, 1958, S. 893–902; ders.: Über die besondere Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder. Gedanken und Erfahrungen. In: Pädagogik, Heft 9, 1959, S. 893–902; Lange, Gerhard: Über die besondere Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder. Erfahrungen aus der Arbeit Leipziger Schulen. In: Pädagogik, Heft 7, 1959, S. 567–575.; Lompscher, Joachim: Über die Arbeit mit den Zurückbleibern. In: Pädagogik, Heft 5, 1959, S. 368–380; Perlick, Kurt: Über die besondere Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder. Einige Probleme aus der bisherigen Diskussion, In: Pädagogik, Heft 6, 1959, S. 469–474.

54 Entwicklung und Aufgaben der ABF im 2. Fünfjahrplan, 5.11.1956. BArch, DR 3/I. Schicht/ 489. Vgl. auch das Gutachten des Pädagogischen Beirates des Staatssekretariats für Hochschulwesen vom Mai 1955. BArch, DR 3/I. Schicht/ 489.

55 Hinter den gesundheitlichen Gründen verbargen sich häufig ebenfalls fachliche Probleme, da nicht selten durch eine völlige Überlastung der Studierenden gesundheitliche Probleme ausgelöst wurden. „Weitere 25% müssen jährlich aus gesundheitlichen Gründen aus den Listen der Studierenden gestrichen werden, wobei in den meisten Fällen eine mehr oder minder offen zu Tage tretende Erschöpfung der psychischen und physischen Leistungsfähigkeit vorliegt“. Entwicklung und Aufgaben der ABF im 2. Fünfjahrplan, 5. November 1956. BArch, DR 3/I. Schicht/489. Die häufigste Diagnose scheint „vegetative Dystonie“ gewesen zu sein, die vor allem bei den Studierenden des 1. und 2. Studienjahres vorkam. Vgl. Aussage des ABF-Direktors Kusch auf der Erweiterten Direktions-sitzung, 22./23.09.1955, BArch, DR 3/I. Schicht/568.

überhaupt das Ziel der ABF erreichten, bestanden jedoch nur 52,8 Prozent das Abitur mit gut oder besser.⁵⁶ Nur dieser Personenkreis hatte aber nach Einschätzung des Staatssekretariats für Hochschulwesen (SfH) eine realistische Chance auf Aufnahme eines Fachstudiums, da mit Anweisung Nr. 84 des SfH vom 22. Mai 1956 die Absolvent(inn)en der ABF nach bestandem Abitur nicht mehr automatisch zum Studium an der Universität zugelassen waren, sondern sich ebenfalls einem fachlichen Auswahlverfahren unterziehen mußten.⁵⁷ Diese Situation führte dazu, daß die ABF hinsichtlich der sozialen Umschichtung an den Universitäten im Vergleich zu den Oberschulen eine eher geringe Rolle spielten.⁵⁸ Auch politisch waren die ABF alles andere als die gewünschten SED-loyalen „Kaderschmieden“. Der SED-Anteil unter den ABF-Studierenden bewegte sich ab Anfang der fünfziger Jahre im einstelligen Prozentbereich,⁵⁹ und auch an den nach erfolgreichem Abschluß besuchten Fakultäten „stellen die Studenten der ABF nicht mehr wie früher den aktivierenden und mobilisierenden Hauptfaktor innerhalb der Studentenschaft der betreffenden Universität oder Hochschule dar“.⁶⁰

Ab Mitte der fünfziger Jahre war für die bildungspolitisch Verantwortlichen unübersehbar, daß gerade Arbeiter- und Bauernkinder zum einen oft fachlich hinter den Erfordernissen zurückblieben und zum anderen nicht unbedingt stärker als „sonstige“ Studierende die politischen Erwartungen der SED erfüllten. Die in diesem Zeitraum erfolgte Ausweitung der Kategorie der Arbeiter und Bauern kann als Versuch der SED verstanden werden, ohne Preisgabe der öffentlich proklamierten und aus ideologischen Gründen benötigten Förderung von Arbeitern und Bauern den Zugang für weiterführende Bildung verstärkt für „sonstige“ Personen zu öffnen. Dieser Personenkreis war auf Grund seines durch die Familienherkunft einfacheren Zugangs zu sozialem und kulturellem Kapital von seiner fachlichen Leistung her oft erfolgreicher und konnte auf Grund der Notwendigkeit, politisches Kapital erst erwerben zu müssen, dauerhafter und fester an die SED gebunden werden. Aus diesen Gründen gab es innerhalb des SfH bereits ab 1956 Überlegungen hinsichtlich einer Rücknahme gegenprivilegierender Bildungsmaßnahmen, die beispielsweise in einem Schließungsvorschlag für die ABF mündeten. Diese Tendenzen wurden jedoch aus politischen Gründen vom ZK der SED zunächst abgelehnt, da die ABF – auch wenn sie politisch hinter den Erwartungen der SED zurückblieben – im Zusammenhang mit den Unruhen an den Univer-

56 Kolloquiumsvorlage, 12.9.1956. BArch, DR 3/I. Schicht/156.

57 Vgl. Anweisung Nr. 84 des SfH, 22.05.1956. Dokument in Lammel: Teil 2, S 174.

58 Es kann davon ausgegangen werden, daß seit ihrer Gründung mit leichten Schwankungen circa zehn Prozent der Studierenden der Universitäten der DDR den Hochschulzugang über die ABF erreicht haben. Die Expansion der ABF führte diesbezüglich aber zu keiner nennenswerten Erhöhung dieses Prozentsatzes, nicht zuletzt deshalb, weil diese zeitgleich mit der einsetzenden allgemeinen Bildungsexpansion erfolgte. Vgl. Miethe: Bildung und soziale Ungleichheit, S. 242 ff.

59 Die SED-Mitgliedschaft wurde ab Anfang der fünfziger Jahre nur noch sehr sporadisch erhoben. 1952: 8,3, 1953: 8, 1954: 14,1, 1955: 3,8, 1956: 4 und 1957: 7 Prozent; Quelle: Statistische Angaben für die Jahre 1952 bis 1956 in BArch, DR 3/ I. Schicht/ 489; die Angaben 1957 in BArch, DR 3/ I. Schicht/ 1402. Außerdem identische Zahlen für die Jahre 1955 und 1957 in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2 / 9.04/ 466, Bl. 48.

60 Vertrauliche Kollegiumsvorlage 2/8/54 zur politischen Lage an den ABF und über Maßnahmen zur Verbesserung der politischen und erzieherischen Arbeit. BArch, DR 3/I. Schicht/149.

sitäten, ausgelöst durch den Ungarnaufstand,⁶¹ immerhin noch als *vergleichsweise* loyale Festung erschienen. So bleiben auch die ABF als zentrale Einrichtungen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik über das Jahr 1957 hinaus – für das bereits ein Schließungsbeschuß aus ökonomischen und pädagogischen Gründen vorlag – aus politischen Gründen weiter bestehen. Auch wenn somit die ABF als Institution einer gezielten gegenprivilegierenden Bildungspolitik zunächst noch erhalten blieb, setzte ab Mitte der fünfziger Jahre eine deutliche Kapazitätsreduzierung ein. Die endgültige Schließung der ABF in den Jahren 1962/63 war daher lediglich der symbolische Schlußpunkt der bereits Mitte der fünfziger Jahre begonnenen Abkehr von einer aktiven gegenprivilegierenden Bildungspolitik.⁶²

III. Periode: Schließung der Chancenstrukturen für Arbeiter und Bauern (1963–1971)

Ausgangspunkt für den Beginn einer dritten Phase der Bildungspolitik der SED waren Umorientierungen im Zuge der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) der DDR. Das NÖS, das auf dem IV. Parteitag der SED seinen endgültigen Niederschlag fand, versuchte sich deutlicher an den materiellen Interessen von Konsumenten und Produzenten zu orientieren, und Ökonomie, Wissenschaft und Bildung, die bisher unter enger politischer Kontrolle gestanden hatten, erreichten „ein gewisses Maß an Autonomie“.⁶³ Folge dessen war ein weiterer Ausbau des Schul- und Hochschulwesens, so daß die bereits in den fünfziger Jahren begonnene Bildungsexpansion eine rasante Fortsetzung fand. In Folge dieses neuen Kurses traten politisch-ideologische Argumente zugunsten ökonomischer zunehmend in den Hintergrund, und auch die Frage einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik wurde nunmehr in erster Linie unter ökonomischen Prämissen diskutiert. „Die Orientierung der Bildungspolitik an der gesellschaftlichen Revolution“, so Geißler⁶⁴, „wurde überlagert durch die Orientierung an der wissenschaftlich-technischen Revolution.“ Während die ökonomischen und pädagogischen Argumente der Bildungsplaner im ZK der SED 1956/57 noch auf taube Ohren gestoßen waren, da die SED ihre politische Macht bedroht sah, wie an ersten

61 Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 6. Berlin 1997.

62 Der offiziellen Rezeption der DDR zufolge wurden die ABF nie geschlossen, sondern es kam lediglich zu einer „Reduzierung und Konzentration“ dieser Einrichtungen. De facto bedeutete dies jedoch die Schließung, da die noch bis 1992 existierende ABF II in Halle nur aus Traditionsgründen diesen Namen behielt. Vgl. Zech, Karl-Adolf: „[...] nicht nur ein Förderinstitut“. Mit der Arbeiter- und Bauern-Fakultät II Halle wurde vor 50 Jahren eine kommunistische Kaderschmiede gegründet. Magdeburg 2004. In Wahrheit handelte es sich bei der ABF II aber um eine Sonderform der Erweiterten Oberschule, die auf ein Auslandsstudium vorbereitete. Die ebenfalls noch bis 1990 existierende ABF Freiberg war in quantitativer Hinsicht nahezu bedeutungslos und übernahm viele Jahre auch eher die Funktion der Vorbereitung ausländischer Studierender auf ein Studium in der DDR, als daß hier eine gezielte gegenprivilegierende Bildungspolitik betrieben worden wäre.

63 Lenhardt, Gero/Stock, Manfred: Bildung, Bürger, Arbeitskraft. Schulentwicklung und Sozialstruktur in der BRD und der DDR. Frankfurt am Main 1997, S. 205.

64 Geißler, Rainer: Entwicklung der Sozialstruktur und Bildungswesen. In: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Wissenschaftliche Kommission: Vergleich von Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik. Köln 1990, S. 86.

Schließungsdiskussionen zur ABF deutlich wurde, war sie im Zuge der innenpolitischen Konsolidierung des Landes nach dem Mauerbau nun zu Konzessionen an ökonomische Forderungen bereit. Allerdings darf hier nicht das Mißverständnis entstehen, die Orientierung der SED im Zuge des NÖS habe ausschließlich auf ökonomischen Prämissen – unter Vernachlässigung ihrer politischen Ziele – basiert. Diese neue Ausrichtung war für die SED vielmehr lediglich eine andere Form des Klassenkampfes, indem die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus durch die rasche Entwicklung der Wissenschaft und der Wirtschaft bewiesen werden sollte. Die Umorientierung auf ökonomische Erfordernisse stellte von daher für die SED lediglich einen „Klassenkampf mit anderen Mitteln“ dar.⁶⁵

Daraufhin erfolgten die Entscheidungen über den Zugang zum Studium an den Oberschulen und Universitäten der DDR zunehmend auf Grundlage des Leistungsprinzips. Dieses Prinzip bezog sich allerdings nicht ausschließlich auf die fachliche Leistung, sondern „Leistung“ wurde in der DDR immer auch an der politischen Loyalität zur SED gemessen. Das heißt, für die Zulassung zur Oberschule und zur Universität erlangte zunehmend die politische „Leistung“ an Bedeutung, wie sie zum Beispiel durch die Mitgliedschaft und aktive Betätigung in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) oder durch die Bereitschaft zu einem SED-Eintritt bzw. zu einem (längeren) Dienst in der NVA unter Beweis gestellt werden konnte. Unter dieser neuen Ausrichtung erschien die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern eher fragwürdig, hatten doch die Erfahrungen der fünfziger Jahre gezeigt, daß Kinder „sonstiger“ Herkunft auf Grund ihres höheren, über die Familie generierten kulturellen Kapitals mit geringerem finanziellen Aufwand zu einem Hochschulstudium gebracht werden konnten als Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern. Außerdem agierten diese oft politisch loyaler im Sinne der SED, da zum einen politische Aktivität häufig bereits tradiert und damit selbstverständlicher war,⁶⁶ und dieser Personenkreis zum anderen auf Grund des „Makels“ der „falschen“ sozialen Herkunft darauf angewiesen war, diesen durch entsprechende politische Loyalität zu kompensieren. Eine Abwendung von einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik ist vor dem Hintergrund dieser neuen ökonomischen Orientierungen nicht erstaunlich.

Diese neuen Orientierungen fanden ihren Ausdruck in der Verabschiedung des neuen Bildungsgesetzes von 1965, das einen wichtigen Wendepunkt in der Bildungspolitik der DDR im Hinblick auf die Bedeutung des Abbaus bzw. der erneuten Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungswesen markierte.⁶⁷ In diesem Gesetz wurden für alle weiterführenden Bildungsgänge die Zulassungsentscheidungen nach dem „Leistungsprinzip“ festgeschrieben. Die Forderung nach Chancengleichheit verbarg sich nur noch sehr allgemein in dem Passus, daß dabei „die soziale Struktur der Bevölkerung berücksichtigt“ werden sollte.⁶⁸ Der Weg über die Oberschule stand damit zwar formal nach wie vor allen Arbeiter- und Bauernkindern offen, war jedoch – im Unterschied

65 Klaus, Georg/Buhr, Manfred (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch. Leipzig 1975, S. 627.

66 Geißler, Rainer: Politische Ungleichheit: Soziale Schichtung und Teilnahme an Herrschaft. In: ders. (Hrsg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. Stuttgart 1994, S. 101.

67 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965. Dokument in Baske, Siegfried/Engelbert: Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. Zweiter Teil 1959–1965. Berlin/Heidelberg 1966, S. 373–406.

68 Ebd., S. 377.

zur Handhabung der Zulassung in den fünfziger Jahren – an die entsprechende fachliche und politische Leistung gebunden. Dies benachteiligte mehr oder weniger automatisch Arbeiter- und Bauernkinder, da diese, wie die Erfahrungen der fünfziger Jahre gezeigt hatten, zum einen fachlich oft hinter den Leistungen der Kinder „sonstiger“ Herkunft zurückblieben und zum anderen auch weniger politisches Engagement zeigten, was aber spätestens ab Ende der fünfziger Jahre zum wesentlichen Zulassungsfaktor für weiterführende Bildung geworden war. Diese verstärkte Orientierung am Leistungsprinzip und die zunehmend geringere Bedeutung der sozialen Herkunft führten relativ schnell zu einer Benachteiligung von Arbeiter- und Bauernkindern, was im rapiden Rückgang des Anteils dieser sozialen Gruppe an den Universitätsstudenten seinen Ausdruck fand.⁶⁹ Auch wenn an der Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder auf dem Papier noch festgehalten wurde, partizipierten diese immer weniger am Fortgang der Bildungsexpansion.⁷⁰

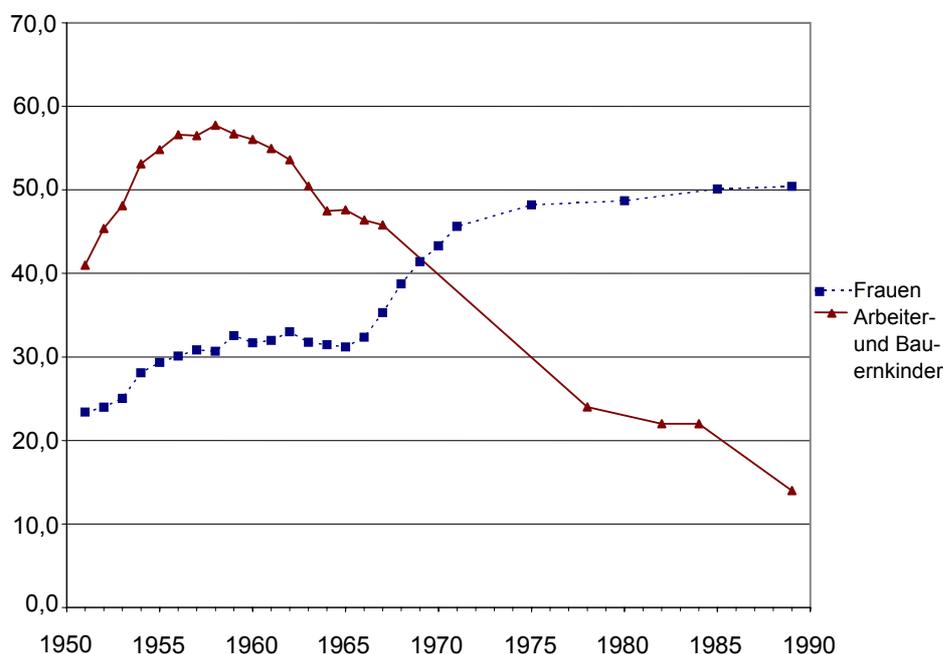


Abbildung 2: Entwicklung des prozentualen Anteils der Arbeiter- und Bauernstudierenden an den Studierenden im Vergleich zum Frauenanteil⁷¹

Vom Fortgang der Bildungsexpansion profitierte statt dessen eine andere soziale Gruppe, die hinsichtlich proportionaler Chancengleichheit im Bildungswesen zuvor ebenfalls deutlich benachteiligt war, nämlich Frauen. Diesen kamen zum einen die An-

69 Lenhardt/Stock: Bildung, S. 160.

70 Ebd., S. 159.

71 Quelle: Frauenanteil: Statistische Jahrbücher der DDR; Arbeiter- und Bauernanteil: bis 1967 Statistische Jahrbücher; für die folgenden Jahre wurden diese nicht mehr angegeben. In den als Vertrauliche Dienstsache gekennzeichneten „Ergebnissen der Jahreshauptstatistik des Hochschulwesens der DDR“ sind zwar auch noch für den Zeitraum nach 1967 Daten zur sozialen Zusammensetzung der Studierenden angegeben. Diese sind aber auf Grund der unscharfen Verwendung dieser Kategorien nicht mehr zu verwenden. 1978 bis 1989: Bathke, Gustav-Wilhelm: Sozialstrukturelle Herkunftsbedingungen und Persönlichkeitsentwicklung von Hochschulstudenten. Theoretisch-empirische Studie (Habilitationsschrift). Leipzig 1985, S. 162; Bathke/Starke: Studentenforschung, S. 245.

fang der sechziger Jahre einsetzenden spezifischen Fördermaßnahmen zugute,⁷² zum anderen führte die Verlagerung des Förderprofils weg von den Arbeiter- und Bauernkindern mehr oder weniger automatisch zu einer Erhöhung des Frauenanteils, da Frauen mit Studienambitionen häufiger aus Familien bildungsnaher Herkunft kamen. Wie aus der Abbildung 2 ersichtlich wird, dürfte ab etwa Anfang der siebziger Jahre der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder im Hochschulstudium unter dem Frauenanteil gelegen haben.

Auf Grund der anhaltenden Bildungsexpansion und des damit verbundenen hohen Bedarfs an hochqualifizierten Arbeitskräften blieben die Auswirkungen dieser neuen bildungspolitischen Orientierungen allerdings zunächst noch in ihrer Wirkung begrenzt. Das heißt, auch Arbeiter- und Bauernkinder erhielten, so sie die geforderten fachlichen und politischen Leistungen vorwiesen, nach wie vor relativ einfachen Zugang zu den weiterführenden Bildungseinrichtungen. Kinder „sonstiger“ sozialer Herkunft konnten dieses Manko bei entsprechenden Leistungen relativ leicht über den Erwerb politischen Kapitals kompensieren, indem sie entsprechende politische Funktionen im Jugendverband oder den anderen Massenorganisationen übernahmen. So kann in dieser dritten Phase nicht mehr länger von einer gezielten Gegenprivilegierung von Arbeiter- und Bauernkindern ausgegangen werden. Allerdings waren sie auch noch nicht direkt benachteiligt gegenüber Kindern „sonstiger“ Herkunft, da die Anforderungen des Leistungsprinzips durch die fortschreitende Bildungsexpansion und den damit verbundenen hohen Bedarf an Studierenden abgedeckt wurde.

IV. Periode: Selbstrekrutierung der neuen Intelligenz (1971–1989)

Die Abwendung von einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik, die sich bereits ab Mitte der fünfziger Jahre abzeichnete und seit Anfang der sechziger Jahre von administrativer Seite verstärkt umgesetzt wurde, wirkte sich erst nach 1971, als sich die SED vom NÖS verabschiedete⁷³ und der Zugang zu höherer Bildung in Folge erschwert wurde⁷⁴, im vollen Umfang aus. Die unveränderte Orientierung am Prinzip der fachlichen und politischen Leistung führte bei größerem Wettbewerb um die wenigen Abitur- und Studienplätze nunmehr auf Grund des unterschiedlich tradierten Zugangs zu sozialem und kulturellem Kapital zu einer sich verstärkenden Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Familien. Dementsprechend kam es in diesem Zeitraum

72 Vgl. Budde: Frauen der Intelligenz.

73 Diese bildungspolitische Wende steht im Zusammenhang mit dem Machtantritt Erich Honeckers. Auf dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 wurde das Ende des NÖS beschlossen und das Primat des „ökonomisch Machbaren“ gefordert. In der Folge wurde der Ausbau der höheren Bildung nicht fortgesetzt, so daß „der Bildungsexpansion im Jahre 1971 fast über Nacht ein Ende“ gesetzt wurde. Vgl. Lenhardt/Stock: Bildung, S. 202.

74 Im Zeitraum von 1970 bis 1980 sank die Zahl der Neuzulassungen zum Hochschulstudium um 27,5 Prozent. Vgl. Mertens, Lothar/Voigt, Dieter: Sozialistische Kadernschmiede sowjetischer Prägung: Das DDR-Hochschulwesen. In: Eckart, Karl/Hacker, Jens/Mampel, Siegfried (Hrsg.): Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 56. Berlin 1998, S. 108.

zur mehrfach beschriebenen Selbstrekrutierung der neuen Intelligenz⁷⁵, die sich sowohl aus Angehörigen (beiderlei Geschlechts) der „alten“ Intelligenz als auch aus den Bildungsaufsteigern der fünfziger Jahre zusammensetzte. Der Anteil der Arbeiter- und Bauernkindern an den Universitäten ging weiter zurück und lag am Ende der DDR (fast) im einstelligen Prozentbereich.⁷⁶

Weiter verstärkt wurde dieser Prozeß dadurch, dass Formen des Hochschulzuges, die bevorzugt von Kindern aus Arbeiter- und Bauernkreisen gewählt worden waren, nicht mehr im gleichen Umfang offenstanden. Dies trifft vor allem auf die Berufsausbildung mit Abitur zu, die an Bedeutung verlor, während die klassische Oberschule erhalten blieb und gegenüber ihrem früheren direkten Produktionsbezug eine stärkere theoretisch-intellektuelle Ausrichtung erhielt. Kompensatorische Bildungseinrichtungen spielten quantitativ nur eine marginale Rolle und waren entweder mit einer immensen Doppelbelastung und entsprechend ungünstigen Erfolgsaussichten verbunden (Volkshochschulkurse) oder auf technische und ökonomische Studienrichtungen beschränkt (Hochschulzugang über die Fachschule und Vorkurse). Durch diese fachspezifische Segregation des Hochschulzuges für Berufstätige wurde eine tradierte schichtspezifische Präferenz hinsichtlich der Studienwahl institutionalisiert, indem ein Hochschulzugang „außer der Reihe“, der eher für Personen bildungsferner Elternhäuser bedeutsam ist, auf die Fächer begrenzt wurde, die schon immer Domänen von Studierenden aus dem Kreis der Arbeiter und Bauern waren (ingenieurtechnische Studienrichtungen). Der Zugang zu Fachrichtungen, die sich durch ein großes Maß an familiärer Tradierung und ein hohes Sozialprestige auszeichneten und in der DDR als „bürgerliche“ Fächer qualifiziert wurden (zum Beispiel Medizin), war demgegenüber für Personen aus der Berufspraxis ausgesprochen schwierig. So wurde durch den fachspezifischen Ausbau des Zweiten Bildungsweges eine traditionell ohnehin schon bestehende schichtspezifische Fächerwahl, die in den fünfziger Jahren zumindest ansatzweise hatte aufgelöst werden können, wieder verstärkt und institutionalisiert. Die Erfolge der fünfziger Jahre hinsichtlich proportionaler Chancengleichheit gingen somit nahezu vollständig wieder verloren.

Fazit

Ob die Chancen der Arbeiterkinder am Ende der DDR – wie von Vertretern der ehemaligen westdeutschen DDR-Forschung postuliert – sogar schlechter waren als in der alten Bundesrepublik⁷⁷ oder aber – wie von Vertretern der ehemaligen ostdeutschen bildungssoziologischen Forschung vorgebracht – zwar deutlich schlechter als von der

75 Bathke: Herkunftsbedingungen; Fritsch, Rainer/Rommel, Erika: Die Praxis der Hochschule bei der Zuordnung der Studienbewerber und der sozialen Herkunft von Hochschul- und Fernstudenten. Berlin 1987. Vgl. auch Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR. Berlin 1995; Bathke/Starke: Studentenforschung; Geißler.: Sozialstruktur.

76 Bathke, Gustav-Wilhelm: Soziale Reproduktion und Sozialisation von Hochschulstudenten in der DDR. In: Burkart, Günter (Hrsg.): Sozialisation im Sozialismus. Lebendbedingungen in der DDR im Umbruch. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 1. Beiheft. Weinheim 1990, S. 114–128.

77 Geißler: Sozialstruktur, S. 352.

DDR-Propaganda präsentiert, aber noch vergleichsweise günstig waren,⁷⁸ wird sich letztlich auf Grund der großen Unterschiede in der Sozialstruktur der beiden deutschen Staaten nie endgültig beantworten lassen. Mit Sicherheit läßt sich aber sagen, daß es sich bei der Annahme, im Bildungswesen der DDR sei Chancengleichheit realisiert worden, um einen Mythos handelt. Genauso ist es aber ein Mythos, daß die Bildungspolitik der DDR zu einer dauerhaften Benachteiligung von Kindern „sonstiger“ Herkunft geführt habe. Vielmehr ist der Aussage von Bathke⁷⁹ zuzustimmen, daß „sich die Intelligenz in der DDR in keiner Zeit unterproportional aus sich selbst reproduziert hat“. Am ehesten trifft die Behauptung von der Umsetzung einer proportionalen Chancengleichheit noch für die fünfziger Jahre zu, in denen in der Tat einem Großteil Personen bildungsferner Herkunft der Zugang zu höherer Bildung ermöglicht wurde. Die in diesem Zeitraum durchaus existierenden strukturellen Benachteiligungen von Kindern „sonstiger“ Herkunft konnten von diesen über Einzelvertragsregelungen bzw. durch die Strategie der „Umwege“ zur Hochschulausbildung kompensiert werden. Zwar waren diese „Umwege“ sehr viel beschwerlicher als der direkte Weg über die Oberschulen, ermöglichten aber – den entsprechenden Leistungswillen vorausgesetzt – letztlich doch noch den Zugang zu weiterführenden Karrieren und konnten sich im weiteren Verlauf aufgrund der Berufserfahrung und der Zugehörigkeit zur „Arbeiterklasse“ (soziale Stellung) sogar als günstiger als der direkte Weg erweisen. In den folgenden Jahrzehnten verkam die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern eher zu einer Floskel, als daß wirklich an einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik festgehalten worden wäre. Diese Abwendung von einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik wurde jedoch durch die zeitgleich stattfindende Bildungsexpansion aufgehalten bzw. verschleiert.

Nicht alle diese Entwicklungen waren von der SED in dieser Form intendiert. So entsprachen die Einzelvertragsregelung und der damit verbundene Zugang der Kinder der „alten“ Intelligenz zu den weiterführenden Bildungseinrichtungen keineswegs den bildungspolitischen Vorstellungen der SED, waren aber auf Grund der wirtschaftlichen Situation nicht zu vermeiden. Genauso würde es zu weit führen zu unterstellen, die mit der Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder verbundene Reduzierung des Frauenanteils an den Universitäten sei beabsichtigt gewesen. Allerdings wurde dieses billigend in Kauf genommen, da die Förderung von Arbeitern und Bauern gemäß der eigenen ideologischen Prämissen wichtiger als die von Frauen erschien. Letztlich stellen diese Entwicklungen auch die Folge einer Vielzahl von bildungspolitischen Einzelentscheidungen dar, deren sozialpolitische Folgen von den SED-Bildungspolitikern nicht immer voll antizipiert werden konnten, wie zum Beispiel die Folgen des Ausbaus des Fernstudiums oder die Nutzung der Zugangswege über die Volkshochschulen in den fünfziger Jahren.

Die Entwicklung der bildungspolitischen Linie insgesamt ist jedoch kein Zufall und war letztlich auch in dieser Form beabsichtigt. So basierte die Förderung von Arbeiter-

78 Bathke/Starke (1999, S. 246) weisen darauf hin, daß zwar die Studienanfänger aus den neuen Ländern seltener als die aus den alten Ländern Bildungsaufsteiger sind, der Anteil an Arbeiterkindern bei diesen aber höher als bei den Studienanfängern der alten Länder liegt (1995/96: 23 versus 13 Prozent).

79 Bathke: Soziale Reproduktion, S. 121.

und Bauernkindern in der SBZ und den ersten Jahren der DDR auf der Erwartung, über diese Personengruppe die eigene politische Macht zu festigen. Nachdem sich dies als Irrtum herausgestellt bzw. zumindest deutlich geworden war, daß sie nicht in dem erwünschten Ausmaß erfüllt werden konnte, erfolgte eine schleichende Abkehr von der Förderung dieser Personengruppe. Entgegen aller offiziellen Verlautbarungen der SED setzte bereits Ende der fünfziger Jahre ein Prozeß ein, der den Zugang zu weiterführender Bildung für Personen „sonstiger“ sozialer Herkunft zunehmend erleichterte. Diese Veränderung des Förderprofils war vorrangig politisch motiviert, waren doch diese Personen in dem beginnenden ökonomischen „Klassenkampf mit anderen Mitteln“ mit geringem Aufwand zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen und vor allem auf Grund des „Makels“ der „falschen“ sozialen Herkunft immer auch darauf angewiesen, diesen durch entsprechende politische Aktivität und Loyalität zu kompensieren. Dies wurde um so bedeutsamer, als das Kriterium der politischen Loyalität im Laufe der Jahre eine zunehmende Bedeutung für die Zulassung zur Oberschule und zum Studium erlangte. Daß gerade Studenten am Ende der DDR als „politisch konformste Gruppe der Gesellschaft im Sinne der offiziellen Ideologie“⁸⁰ angesehen wurden, erstaunt vor diesem Hintergrund nicht.

Über die Selbstrekrutierung der neuen Intelligenz erreichte die SED letztlich das, was sie von Anfang an auch intendiert hatte: die Absicherung der eigenen Macht über die Heranbildung einer politisch loyalen und damit die eigene Machtposition stärkenden Personengruppe, von der sie zunächst fälschlicherweise angenommen hatte, diese sei im Kreis der Arbeiter und Bauern zu finden. Nachdem sich diese Annahme als nur eingeschränkt richtig erwiesen hatte, wurden entsprechende bildungspolitische Kurskorrekturen vorgenommen, die zu einer zunehmenden Verschlechterung der Bildungschancen von Arbeiter- und Bauernkindern führten. Da die SED aber (als „Partei der Arbeiterklasse“) aus legitimatorischen Gründen auf die Aufrechterhaltung des Mythos der gleichen Chancen für alle sozialen Gruppen angewiesen war, wurde abweichend von der tatsächlichen Förderpraxis in den offiziellen Verlautbarungen bis zum Ende der DDR an der Förderung der Arbeiter und Bauern festgehalten und die Ergebnisse soziologischer Untersuchungen, die die neuen Ungleichheiten belegten, ignoriert.

⁸⁰ Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen 1991, S. 120.